

Kurzbericht zur Arbeit im Jahr 2017

Der Kampf gegen Braunkohlentagebaue und ihre Folgen prägte auch 2017 unsere Arbeit.

Nach zehn Jahren Widerstand hat der Lausitzer Bergbaukonzern LEAG im März 2017 die Pläne für drei neue Tagebaue aufgeben. Doch etwa 1.000 Menschen sollen noch immer für Braunkohle umgesiedelt und dafür mehr als eine Milliarde Tonnen Treibhausgase ausgestoßen werden. Zudem wird das Grundwasser durch Tagebaue weiter abgesenkt und verunreinigt. Folgekosten drohen auf die Allgemeinheit abgewälzt zu werden. Wir setzen uns für einen schrittweisen aber rechtzeitigen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung und ein verbindliches Verbot neuer Tagebaue ein!



Die schon im Vorjahr von uns mit einer Einwendungskampagne begleitete **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes** Berlin-Brandenburg verfolgten wir vor allem im Rahmen des Bündnisses „Rettet unser Wasser“ weiter. Gemeinsam mit Bündnispartnern wie Kohleausstieg Berlin und BürgerBegehren Klimaschutz konnten wir am 6. November das Ergebnis den beiden Regierungssprechern überreichen: 25.719 BerlinerInnen und BrandenburgerInnen fordern von Bürgermeister Müller und Ministerpräsident Woidke ihr Trinkwasser vor der Sulfatbelastung durch Kohletagebaue zu schützen. Das Thema wird im kommenden Jahr aktuell bleiben, da auch zum zweiten Entwurf des Planes eine Öffentlichkeitsbeteiligung angekündigt ist.

Gegen den **Tagebau Jänschwalde-Nord** machten wir uns beim bereits zehnten Sternmarsch am 8. Januar und am 23. März mit einer Protestaktion vor dem Braunkohlenausschuss stark. Am 30. März sagte die LEAG das Tagebauprojekt endgültig ab. Damit war ein fast auf den Tag genau zehn Jahre währender Widerstand erfolgreich, den wir von Anfang an intensiv begleitet und unterstützt haben. Erst im Sommer stellte die Landesregierung das Planverfahren auch formell ein. Am 23. September fand am Ort der bisherigen Sternmärsche ein Fest statt, um sich bei den Unterstützern zu bedanken und Solidarität mit den weiter von Tagebauplanungen betroffenen polnischen Nachbarn zu demonstrieren. Wir boten am Vormittag eine Radtour zu den vom aktiven Tagebau Jänschwalde verursachten Problemen an.

Die **vom Tagebau Jänschwalde verursachte Grundwasserabsenkung** beschäftigte uns nicht nur an diesem Tag. Zweimal wurden Akteneinsichten in der Bergbehörde genommen, um den fachliche und rechtliche Situation analysieren zu können.

In der vom Umweltministerium einberufenen „AG Pastlingsee“ war im März festgestellt worden, dass [der Wassermangel in diesem europäischen Schutzgebiet vom Tagebau verursacht](#) ist. Jegliche rechtliche Konsequenz für die LEAG wurde daraufhin jedoch durch die Bergbehörde bis heute verzögert und die weitere Ursachenklärung den Gutachtern der LEAG selbst überlassen. In einem Brief an alle Mitglieder der AG Pastlingsee protestierten wir gegen dieses Vorgehen und informierten die Presse. Dass bis zu [sieben Seen im Raum Guben durch den Tagebau Wasser verlieren](#), konnten wir Anfang Dezember bundesweit bekannt machen.

Am 8. Oktober zogen wir eine symbolische [rote Linie vor einem Waldstück südlich von Taubendorf](#), um darauf aufmerksam zu machen, dass für die geplante Ausdehnung der Grube sogar noch Enteignungen nötig wären. Unsere Forderung nach einem größeren Abstand des Tagebaus zum Ortsteil Taubendorf wird auch von einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderates Schenkendöbern unterstützt.

An einer zweiten roten Linie im vom **Tagebau Welzow-Süd II** bedrohten Proschim beteiligten wir uns gemeinsam mit anderen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen am 31. Oktober. Hier will die LEAG erst im Jahr 2020 entscheiden, ob sie die Zwangsumsiedlung des Dorfes weiter durchsetzen will. Ein Plan, der sehr viel schneller aufgegeben werden muss! Mit drei Aufstellern, die auf Proschim hinweisen, waren wir beim deutschen Evangelischen Kirchentag in Potsdam, beim Umweltfestival in Berlin und bei der Weltausstellung Reformation in Wittenberg präsent.

Zum Tagebau Nochten in Nordsachsen wurde nach der Absage der Umsiedlung von Rohne und Mulchwitz das Braunkohlenplanverfahren neu eröffnet. Wir sind Teil des Bündnisses „Strukturwandel jetzt – kein Nochten 2“, das im September seine [Forderungen zur Verkleinerung des Tagebaues Nochten](#) formulierte, um die Lebensqualität am Rande des Tagebaues zu erhalten.



Im Sommer begann eine neue öffentliche Debatte um die Energiestrategie des Landes Brandenburg. Das Wirtschaftsministerium unter Albrecht Gerber (SPD) kündigte an, das von der Landesregierung selbst gesteckte Klimaschutzziel für 2030 massiv aufweichen zu wollen – zugunsten des Uralt-Kraftwerkes Jänschwalde. Wir publizierten in Rekordzeit das Hintergrundpapier [„Die Koalition der Wortbrüchigen – wie Brandenburgs Landesregierung sich vom Kohlekonzern ihr Klimaziel diktieren lässt“](#). Damit gaben wir der öffentlichen Kritik die konkreten Zahlen und Hintergründe an die Hand. Der breite öffentliche Druck führte dazu, dass die Koalition das begonnene Beteiligungsverfahren im September bis auf weiteres aussetzte. Seitdem wartet die Landesregierung klare energiepolitische Signale des Bundes ab.

Der [Lausitzer-Kohle-Rundbrief](#) erreichte regelmäßig per e-mail mehr als 1700 Abonnenten bundesweit und wurde zusätzlich auf der Internetseite www.kein-tagebau.de veröffentlicht. Es erschienen in diesem Jahr 18 Ausgaben des Rundbriefs. Die beschriebenen Aktivitäten begleiteten wir mit bisher 25 [Pressemitteilungen](#), die zu zahlreichen Medienberichten führten. Darunter beispielsweise Radio Prag, die größte schwedische Zeitung dagens nyheter, die Süddeutsche Zeitung, BILD, n-tv, Morgenpost, RBB, MAZ, MOZ und Schweriner Volkszeitung.

Mit Förderung durch die brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung wurde das **Exkursionsprojekt „Der Einstieg in den Ausstieg“** durchgeführt. Es fanden sieben Exkursionen mit insgesamt 149 Teilnehmern statt, die von der Firma „Spreeakademie“ umgesetzt wurden.

Im Oktober begingen wir **30 Jahre Umweltgruppe Cottbus**. Wir brachten uns in die dreitägige Veranstaltungsreihe ein, mit der das Bündnis Aufarbeitung Cottbus an die Gründungszeit der Gruppe erinnerte. Den Abschluss bildete ein Umweltgruppen-Brunch, zu dem die aktiven UGC-Mitglieder ehemalige Mitsstreiter einluden, die heute über ganz Deutschland verstreut leben.

Über den „Um-Land“-Verteiler werden etwa 70 Interessenten in der Lausitz zu **Landwirtschaftsthemen** vernetzt und informiert. Die UGC gehörte zu den Unterstützern der bundesweiten Demonstration „Wir haben es satt!“ gegen Tierfabriken am 21. Januar in Berlin, organisierte regionale Mobilisierung in der Lausitz und nahm an Protesten vor Ort teil, so zum Beispiel gegen die Schlachthof-Erweiterung in Königs Wusterhausen.

Die Umweltgruppe Cottbus ist Teil des **Netzwerkes GRÜNE LIGA** und dort als Bundeskontaktstelle Braunkohle tätig. Zu diesem Thema arbeiten wir eng mit der Klima-Allianz Deutschland und den von ihr vernetzten bundesweiten Organisationen sowie der Europäischen Klimastiftung zusammen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Aktiven, Spendern und Fördermitgliedern, die unsere Arbeit im zu Ende gehenden Jahr ermöglicht haben. **Spenden** und Beiträge an die Umweltgruppe Cottbus e.V. sind steuerlich absetzbar. Bei Spenden, die zweckgebunden für unsere Braunkohlearbeit verwendet werden sollen, sollte der Verwendungszweck „Lausitzer Kohle“ angegeben werden.

GRÜNE LIGA
Umweltgruppe Cottbus e.V.

Straße der Jugend 94
D-03046 Cottbus

www.kein-tagebau.de

umweltgruppe@kein-tagebau.de

Spendenkonto

Inhaber: Umweltgruppe Cottbus
GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
Verwendungszweck: Lausitzer Kohle